



Nummer 16/2018 (12. bis 25. Oktober 2018)

Inhaltsübersicht	Seite
THEMA DER WOCHE: CHINAS KONJUNKTUR	2
Chinas Wachstum auf niedrigstem Stand seit 2009 - Xi wirbt auf Reise in Süden um Vertrauen	2
CHINA UND DIE WELT	3
Erhöhte diplomatische Aktivität in der Handelskrieg-Ära: Xi trifft Abe – vielleicht auch Trump	3
Westliche Geheimdienste planen Kooperation gegen chinesische Einflussnahme	3
INNENPOLITIK, GESELLSCHAFT UND MEDIEN	5
Chinesische Behörden zeichnen positives Bild der Lager in Xinjiang	5
Proteste gegen sinkende Immobilienpreise in mehreren Städten	6
WIRTSCHAFT, FINANZEN UND TECHNOLOGIE	7
Chinas Regierung ringt um Beruhigung der Börsenturbulenzen	7
DER EUROPÄISCHE BLICK	8
EU nähert sich asiatischen Staaten an - nur die Skepsis gegenüber China bleibt	8
IM PROFIL: ZHANG LIFAN	9
Kritischer Kopf mit Mut zu klaren Worten	9

METRIX – Die Zahl der Woche

426

Ungefähr diese Menge an Gold wurde - in Tonnen gerechnet - **2017 in China geschürft**. Damit bleibt die Volksrepublik die Nummer eins unter den Goldgräbernationen. Zwar ging die Produktion im Vergleich zum Vorjahr um etwa sechs Prozent zurück. Doch überflügelt China die Nummer zwei im Goldabbau, Australien, immer noch um etwa 130 Tonnen.

THEMA DER WOCHE: CHINAS KONJUNKTUR

Chinas Wachstum auf niedrigstem Stand seit 2009 - Xi wirbt auf Reise in Süden um Vertrauen

Auf 6,5 Prozent ist das **Wachstum der chinesischen Wirtschaft im dritten Quartal gefallen** - der niedrigste Stand seit der Finanzkrise 2009. Um Finanzmärkte und Investoren zu beruhigen, verbreiten chinesische Staatslenker Zuversicht: Staats- und Parteichef Xi Jinping brach - ganz im Geiste seines berühmten Vorgängers Deng Xiaoping - am Montag zu einer mehrtägigen **Reise in den Süden Chinas auf**. Deng hatte 1992 mit einer ähnlichen Reise die Politik der Reform und Öffnung bekräftigt.

Beim Besuch einer Hightech-Industrieanlage in Zhuhai beschwor Xi zum Auftakt seiner Reise die wirtschaftliche Eigenständigkeit Chinas. Am Dienstag nahm er an der feierlichen Eröffnung der weltweit längsten Seebücke teil, die Hongkong und Macao mit dem chinesischen Festland verbindet. Auch Shenzhen, wo Deng einst die Reform- und Öffnungspolitik beschwor, steht auf dem Reiseplan; Xi besucht dort erfolgreiche Hightech-Firmen wie Tencent und Huawei.

Nicht nur Xi bemühte sich vor der Reise mehrfach in öffentlichen Auftritten, die Stimmung von Unternehmern aufzuhellen und das Vertrauen in die Wirtschaftsnation China nach den enttäuschenden Wachstumszahlen wiederzugewinnen. Vize-Regierungschef Liu He sprach **in einem Interview** von "sehr guten" Aussichten für die chinesische Wirtschaft. Die verlangsamte Aktivität der Binnenwirtschaft ist teilweise auf die Bemühungen um Schuldenreduzierung zurückzuführen, aber auch auf neue Regulierungen, darunter strengere Umweltauflagen. Diesen Entwicklungen versucht die chinesische Regierung mit einer lockeren Geldpolitik und steuerlichen Anreizen entgegenzuwirken.

Die Auswirkungen des Handelskriegs mit den USA sind in die Wachstumszahlen des dritten Quartals allerdings noch nicht eingepreist. Sie dürften sich erst im kommenden Quartal niederschlagen, wenn die von den USA erhobenen Zölle auf die chinesische Exportindustrie wirksam werden. Die zusätzlich von der US-Regierung angekündigten Strafzölle von zehn Prozent auf chinesische Produkte im Wert von 200 Milliarden Dollar waren erst im September in Kraft getreten. Im Januar sollen sie weiter auf 25 Prozent angehoben werden.

Auch im vergangenen Quartal stagnierten Chinas Exporte bereits, der inländische Konsum und die Investitionstätigkeit waren rückläufig. All diese Entwicklungen zeigen, dass Chinas Wirtschaft derzeit auf unsicherem Fundament steht. Die Wirtschaft, wie jetzt von Beijing angekündigt, mit Stimulus-Maßnahmen anzukurbeln, birgt auch Risiken. Eine zu lockere Geldpolitik könnte das Finanzsystem destabilisieren. Die Kreditaufnahme wuchs im dritten Quartal stärker als das nominale BIP, Chinas Wirtschaft nimmt also immer noch mehr Schulden auf, als sie derzeit zurückzahlen könnte.

"Die Widerstandsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft lässt nach. Die auf Stabilität bedachte chinesische Führung sieht sich mit einer Kombination von externen und internen Risikofaktoren konfrontiert. Sie ist zum Handeln gezwungen." **Max Zenglein**, Leiter des Programms Wirtschaft am MERICS.

CHINA UND DIE WELT

Erhöhte diplomatische Aktivität in der Handelskrieg-Ära: Xi trifft Abe – vielleicht auch Trump

Inmitten des anhaltenden Handelskriegs mit den USA verstärkt Chinas Partei- und Staatschef Xi Jinping seine diplomatische Aktivität. In dieser Woche empfängt Xi den japanischen Premierminister Shinzo Abe zu dessen ersten Staatsbesuch in Beijing. Ein mögliches Treffen mit US-Präsident Donald Trump am Rande des G20-Gipfels in Argentinien im kommenden Monat könnte eine Chance zur Deeskalation des zuletzt immer weiter eskalierten Handelskriegs bieten.

Die Begegnung von Xi und Abe ist **das erste offizielle Gipfeltreffen** eines chinesischen und eines japanischen Spitzenpolitikers seit 2011. Offenbar will die Regierung in Beijing angesichts des Handelsstreits mit den USA die historisch schwierigen Beziehungen zu Japan verbessern. Beide Länder haben 2017 mit einer vorsichtigen Annäherung begonnen, doch bleiben viele Spannungsfelder bestehen.

Xi und Trump könnten nach einem Bericht der „**South China Morning Post**“ am 29. November am Rande des G-20-Gipfels zusammentreffen. Es wäre die erste bilaterale Begegnung der beiden, seit Trump den Handelskonflikt mit China in Gang setzte, indem er Strafzölle im Wert von 200 Milliarden USD auf chinesische Importe verhängte.

Die Erwartungen an das Treffen gehen laut dem US-Newsportal Axios auseinander. Bill Bishop, Herausgeber des **Sinocism-Newsletters**, zitierte nicht namentlich genannte Quellen, nach denen die chinesische Seite hoffe, dass sich Trump und Xi zumindest auf eine Entspannung des Konflikts einigen und einen Zeitplan für ein detailliertes Abkommen vereinbaren könnten. Trump hingegen scheine derzeit nicht an einem Kompromiss interessiert, sondern wolle China im Gegenteil „noch mehr leiden“ sehen, berichtete [Axios](#) unter Berufung auf Quellen im Weißen Haus.

Westliche Geheimdienste planen Kooperation gegen chinesische Einflussnahme

Berichte über Versuche der Kommunistischen Partei Chinas (KPC), politische Vorgänge im Ausland zu beeinflussen, beschäftigen die westlichen Geheimdienste: Die sogenannten Fünf Augen, ein Verbund der Geheimdienste der USA, Großbritanniens, Australiens, Kanadas und Neuseelands planen **nach einem Medienbericht** eine Zusammenarbeit, um gegen Chinas Aktivitäten vorzugehen.

Anfang Oktober war eine der chinesischen Regierung nahestehende Organisation in Kanada in einem Ermittlungsbericht über angeblichen Stimmenkauf bei Kommunalwahlen in drei Städten genannt worden. Die „Canada Wenzhou Friendship Society“ hatte über den Nachrichtendienst WeChat Wähler aufgerufen, ihre Stimme chinesisch-stämmigen Kandidaten zu geben. Im Gegenzug wurden ihnen Gutscheine für öffentliche Verkehrsmittel angeboten. Die Freundschaftsgesellschaft unterhält Kontakte mit dem für Auslandschinesen zuständigen Büro in Beijing sowie zu anderen KPC-Propaganda-Institutionen, wie die Online-Zeitung **StarMetro** berichtete.

Wenig später beschuldigte in Neuseeland ein Abgeordneter der Nationalpartei seinen Parteichef Simon Bridges, illegal Spenden von dem reichen chinesischen Geschäftsmann Zhang Yikun entgegen genommen zu haben. Dieser habe auf diese Weise dafür sorgen wollen, dass mehr chinesisch-stämmige Abgeordnete auf Sitze der Partei im Parlament rücken.

Die Fünf Augen wollen nun gemeinsam mit verbündeten Staaten wie Deutschland und Japan eine informelle Zusammenarbeit starten, wie Reuters am 12. Oktober unter Berufung auf offizielle Kreise berichtete. Auf inoffiziellen Treffen sollen Informationen über chinesische Direktinvestitionen und politische Einflussnahme geteilt werden. Der Versuch Chinas, den deutschen Halbleiterhersteller Aixtron 2016 zu übernehmen, habe wie ein Weckruf gewirkt und die Geheimdienste veranlasst, eine gemeinsame Strategie gegen die Einflussnahme vonseiten autoritärer Staaten wie China und Russland zu entwickeln, berichtete Reuters.

Das Vorgehen gegen solche Versuche bleibt jedoch schwierig: Kanadas Premier Justin Trudeau wies kürzlich auf Anraten seiner Cybersicherheitsberater Forderungen der USA zurück, sein Land solle den chinesischen Telekom-Anbieter aus Gründen der nationalen Sicherheit vom Aufbau eines 5G-Netzwerks ausschließen. Im August hatte Australien Huawei und ZTE von einer Teilnahme am Ausbau der Technologie ausgeschlossen. In Großbritannien teilte der Nachrichtendienst GCHQ mitgeteilt, er könne nicht ausschließen, dass Huawei-Produkte die nationale Sicherheit gefährden könnten.

MERICS-Direktor Frank N. Pieke: "Internationale Koordination ist sehr wichtig, um Einflussnahme und Spionage aus China effizient entgegenzutreten. Wenn die demokratischen Staaten nicht an einem Strang ziehen, nützt die beste Geheimdienstarbeit nichts. Zudem gilt es, jeglichen Generalverdacht gegen Chinesen, chinesische Unternehmen oder andere Institutionen zu vermeiden. Grundlage jeden Handelns müssen solide Beweise sein, nicht Unterstellungen und Gerüchte."

Kurz gemeldet

- **Militärische Kooperation: Erstes gemeinsames Manöver der chinesischen Volksbefreiungsarmee mit EU-Anti-Piraterie-Einheit in Dschibuti**
- **Bemühen um Entspannung: US-Verteidigungsminister Mattis trifft chinesischen Kollegen Wei in Singapur**
- **Versuch der Annäherung: Chinas Vizepremier Wang reist mit Wirtschaftsdelegation nach Israel**
- **Mahnung mit Eigeninteresse: US-Außenminister Pompeo warnt Südamerikaner vor chinesischen Investoren in der Region**
- **Kooperation auf Sparflamme: Indien schickt nur Außenminister zu Treffen der Regierungschefs bei der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit**

INNENPOLITIK, GESELLSCHAFT UND MEDIEN

Chinesische Behörden zeichnen positives Bild der Lager in Xinjiang

Vor zwei Wochen räumten die chinesischen Behörden erstmals die Existenz von Internierungslagern für Terrorverdächtige in Xinjiang ein. Nun bemühen sie sich darum, diese als Bildungseinrichtungen darzustellen, in denen junge Uiguren und andere Muslime durch Lernen davon abgebracht werden sollen, sich extremistischen Gruppen anzuschließen. In den "Ausbildungsprogrammen" würden Aktivitäten wie Reden, Schreiben, Tanzen, Singen und Sport angeboten, sagte der Gouverneur der Autonomen Region, Shohrat Zakir, **der parteistaatlichen Nachrichtenagentur Xinhua** laut einem im Wortlaut online veröffentlichten Interview. Die Einrichtungen seien "auf den Menschen ausgerichtet".

Der staatliche Fernsehsender CCTV zeigte **nach einem Bericht der britischen Zeitung "Guardian"** einen 15-minütigen Beitrag über ein "Ausbildungszentrum" in der Stadt Hotan. Darin sind Studenten beim Lernen, Backen, Handwerken und Nähen zu sehen. Die Cafeteria ist mit Ballons dekoriert, die Zimmer mit Klimaanlage ausgestattet. Die positiven Berichte sollen die heftige Kritik entkräften, die Menschenrechtler und Xinjiang-Experten zuletzt an der Politik Beijings in der Region geäußert hatten. Sie werfen Chinas Regierung Menschenrechtsverletzungen in der von zwölf Millionen Muslimen bewohnten Provinz vor: Die Bevölkerung werde massiv überwacht, angeblich Verdächtige würden willkürlich festgenommen und in Internierungslagern festgehalten.

Berichte von Muslimen, die nach eigenen Angaben in solchen Lagern festgehalten werden, sprechen eine andere Sprache als die positiven Verlautbarung parteistaatlicher Medien: Er sei ohne Zugang zu einem Anwalt eingesperrt und zum Verzehr von Schweinefleisch und Alkohol gezwungen worden, sagte der ehemalige Lagerhäftling Omir Bekali **der britischen Zeitung "Independent"**. Nach 20 Tagen in Haft habe er daran gedacht, sich das Leben zu nehmen, sagte der Kasache.

Schätzungen zufolge sitzen in Xinjiang mehrere zehntausend Menschen in Lagern ein, manche schätzen diese Zahl sogar auf mehrere Hunderttausend oder mehr als eine Million. Eine unabhängige Überprüfung der Angaben ist schwierig, da Reisen nach Xinjiang strengen Kontrollen unterliegen.

In China selbst wird die Lage in Xinjiang kaum öffentlich diskutiert. Stattdessen machen unterhaltsam verpackte Informationen über Uiguren in den sozialen Medien die Runde: Auf der Plattform Weibo publizierte ein uigurischer Autor **Tipps zum "Erkennen echter Xinjianger"**. In Comiczeichnungen zeigte er charakteristische Merkmale der uigurischen Minderheit, wie "hervorstehende Nasen", tiefer liegende Augen oder gutes "Körpergefühl". Er erklärt weiter, dass heute wohl nur noch vier von zehn Bewohnern Xinjiangs so aussähen. In der Region haben sich in den vergangenen Jahrzehnten auch viele Han-Chinesen niedergelassen.

Proteste gegen sinkende Immobilienpreise in mehreren Städten

In Shanghai, Xiamen und Guiyang sind wütende Hausbesitzer **aus Protest gegen sinkende Immobilienpreise** auf die Straße gegangen. Sie forderten Entschädigungen von Immobilienhändlern, die Neukäufern Preisabschläge von bis zu 25 Prozent angeboten hatten. Nach Berichten in Chinas sozialen Medien gab es auch in kleinen Städten wie dem nördlichen Pingdingshan und dem im Südwesten gelegenen Shangrao zu Protesten.

Chinas **Immobilienmarkt kennt seit Jahren nur steigende Preise**, nach kürzlich veröffentlichten Zahlen des Nationalen Statistikbüros stiegen die Immobilienpreise im vergangenen Jahr um sieben Prozent, der bislang im Jahresvergleich schnellste Anstieg. Im Monat August allein wurde in 64 von 70 größeren Städten ein Anstieg um 1,4 Prozent verzeichnet.

Die Entwicklung könnte nun ihr Zenit erreicht haben, im September stiegen die Preise nur noch um 1,1 Prozent. In der Ferienwoche nach dem Nationalfeiertag am 1. Oktober gingen die Verkäufe von Immobilien um 27 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode zurück. Dies ist sehr ungewöhnlich, denn die sogenannte Goldene Woche ist sonst eine Zeit, in der Immobilienverkäufe boomen.

Die Immobilienpreise in China haben sich in den vergangenen zehn Jahren verdrei- bis verfünffacht, in Großstädten wie Beijing, Shanghai oder Shenzhen verzehnfachten sie sich sogar. Berichten zufolge haben fast 80 Prozent der chinesischen Haushalte Hypotheken aufgenommen. 70 Prozent ihres Vermögens geben chinesische Familien für Wohnkosten aus, seien es Mieten oder die Abzahlung von Krediten.

Schon aus diesem Grund könnten Turbulenzen auf dem Immobilienmarkt sich zur Bedrohung für Chinas Wirtschaft und die soziale Stabilität auswachsen. Die chinesische Regierung hat deshalb ein Interesse, die Preise auf einem gewissen Niveau zu halten.

MERICS-Analyse: „New solutions for urban residents: Housing security in urban China“. Eine Studie von Zhu Yapeng, erschienen in den **sechsten MERICS Papers on China**.

Kurz gemeldet

- **Sturz aus Bürohaus: Höchster chinesischer Vertreter in Macao nahm sich womöglich das Leben**
- **Durchsetzung von Interessen: In Shanghai wurde erstes Marken- und Patentamt zum Schutz geistigen Eigentums chinesischer Firmen im Ausland eingerichtet**

WIRTSCHAFT, FINANZEN UND TECHNOLOGIE

Chinas Regierung ringt um Beruhigung der Börsenturbulenzen

Angesichts der Verunsicherung über Chinas schwaches Wirtschaftswachstum ringen Chinas Behörden um eine Beruhigung der Turbulenzen an den Börsen des Landes. Nach Veröffentlichung der enttäuschenden Wachstumszahlen am 19. Oktober brach der wichtige Shanghai Composite Index (SCI 300) nach einem zeitweisen Höhenflug wieder ein.

Am Freitagmorgen hatten der Leiter der Finanzmarktaufsicht, Guo Shuqing, und der Zentralbankchef, Yi Gang, gemeinsam verkündet, das ökonomische Fundament Chinas sei nach wie vor stabil. Sie kündigten staatliche Geldspritzen für das Finanzsystem an. Die Ankündigungen ließen den SCI um vier Prozent in die Höhe schnellen, der höchste in diesem Jahr verzeichnete Zuwachs binnen eines Tages.

Der Höhenflug war nur von kurzer Dauer: Nach Veröffentlichung der Quartalswachstumszahlen, nach denen Chinas Wirtschaft nur um 6,5 Prozent zugelegt hatte, gaben die Märkte am Montag um 2,6 Prozent nach. Berichten zufolge hatten auch Regionalregierungen bereits das ganze Jahr über Aktien gekauft mit dem Ziel, Chinas Finanzmärkte zu stabilisieren.

Chinas turbulente Börsenentwicklung macht einen Mangel an Vertrauen in die Wirtschaft insgesamt offenbar. Der Shanghaier Börsenindex ist in diesem Jahr bereits um 22,5 Prozent eingebrochen. Der Index in Shenzhen ist sogar um 32,2 Prozent gefallen. Zum Teil lassen sich die Börsenrückgänge mit der Entwertung des chinesischen Yuan (CNY) erklären. Dessen Kurs ist mit fast 7:1 gegenüber dem US-Dollar derzeit auf einem Zehnjahres-Tief angelangt.

Um Verluste zu vermeiden, dürften weitere Anleger ihre Anteile verkaufen oder ins Ausland verlagern. Ihre Ängste werden durch den Handelsstreit zwischen den USA und China noch verstärkt.

Kurz gemeldet

- Ausdruck der Marktdynamik: Mehr als 60.000 Aussteller auf Handelsmesse in Kanton
- Attraktiv für Investoren: China zieht in erster Hälfte 2018 weltweit die meisten ausländischen Anleger an
- Marktöffnung für Produktion: Niederländische Firma erhält Zuschlag für Bau von Fahrzeugbatterie-Fabrik
- Längste Seebrücke der Welt eröffnet: Bauwerk verbindet chinesisches Festland mit Macau und Hongkong
- Reise gen Süden: Xi demonstriert Vertrauen in Erfolg des chinesischen Wirtschaftsmodells durch Reise nach Guangdong

DER EUROPÄISCHE BLICK

EU nähert sich asiatischen Staaten an - nur die Skepsis gegenüber China bleibt

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den meisten asiatischen Staaten machen Fortschritte - nur mit China tut sich die Union offenkundig schwer. Auf der EU-ASEAN und der ASEM-Tagung, die jüngst in Brüssel stattfanden, **wurden wegweisende Schritte beschlossen**, die Beziehungen zu Singapur und anderen Asean-Staaten zu vertiefen. **Die Ankündigung von Chinas Regierungschef Li Keqiang**, die chinesische Wirtschaft weiter für ausländische Investoren zu öffnen, wurde hingegen eher skeptisch aufgenommen.

Bei seiner Eröffnungsrede auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs von EU und ASEAN hob **EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker** die gemeinsamen Interessen hervor. "Wir teilen gemeinsame Werte, die innerhalb der EU und der Gründungserklärung der ASEAN dargelegt sind. Diese Werte müssen von allen respektiert werden." Diese Aussage ist auch als Signal in Richtung China zu werten.

Nach achtjährigen Verhandlungen unterzeichneten die EU und Singapur auf dem 12. Asien-Europa-Treffen (ASEM) am 18. und 19. Oktober ein Handelsabkommen - ein wichtiger Schritt angesichts der Unsicherheit um die Wirtschaftspolitik der USA und das erste Abkommen dieser Art mit einem der zehn Mitglieder des asiatischen Bündnisses. Zuvor hatte die EU bereits ein Handelsabkommen mit Japan vereinbart, das noch vom europäischen Parlament ratifiziert werden muss.

Auf dem Treffen unterzeichnete die Europäische Kommission zudem Handels- und Investitionsverträge mit Vietnam. Weitere Abkommen werden mit drei weiteren ASEAN-Mitgliedern verhandelt. Parallel zum ASEM- und ASEAN-Treffen fand auch ein EU-Südkorea-Gipfel statt.

Auch Chinas Ministerpräsident Li reiste nach Brüssel. In bilateralen Treffen mit Juncker und den Regierungschefs verschiedener europäischer Länder verwies er darauf, dass von den jüngsten Maßnahmen zur Öffnung der chinesischen Wirtschaft auch europäische Firmen profitiert hätten.

Chinas Handelspartner in Europa sind jedoch skeptisch, was die großzügigen chinesischen Ankündigungen betrifft: Ungeachtet der jüngsten chinesischen Ankündigungen für eine weitere Marktöffnung sind bei den Gesprächen über ein europäisch-chinesisches Investitionsabkommen in naher Zukunft keine Fortschritte zu erwarten. Zudem öffnet China seine Wirtschaft nur selektiv. Maßgeschneiderte Lockerungen für deutsche Konzerne wie BASF und BMW sind eher als symbolische Gesten zu werten, um europäische Kritik an Restriktionen für ausländische Investoren in China zu entkräften.

Wie die **Nachrichtenagentur Reuters** berichtete, forderten europäische und asiatische Vertreter auf dem ASEM-Gipfel erneut eine stärkere Öffnung der Volksrepublik für ausländische Investitionen. Die Vertreter Beijings hätten hierauf aber ablehnend reagiert und auch Kritik an staatlicher Subventionspolitik zurückgewiesen.

IM PROFIL: Zhang Lifan

Kritischer Kopf mit Mut zu klaren Worten

Zhang Lifan, liberaler Denker aus Beijing, sorgt dieser Tage im chinesischen Internet für Aufsehen - im Zusammenhang mit der wieder aufgeflammtten Debatte um das Verhältnis von Staatsbetrieben und Privatwirtschaft. Ein Artikel Zhangs aus dem Jahr 2010 wurde kürzlich in der Parteizeitschrift „Wenshi Cankao“ (文史参考) wieder abgedruckt. Zhangs These, etwas verkürzt: Immer dann, wenn der Staatssektor zu sehr auf Kosten der Privatunternehmen gestärkt wurde, habe das Chinas Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs gebracht.

Da sich auch Chinas Präsident Xi Jinping bei verschiedenen öffentlichen Auftritten für eine Stärkung der Staatsunternehmen ausgesprochen hatte, dachten offenbar viele Netizens, Zhangs Essay wäre ein aktueller Beitrag – und diskutierten lebhaft darüber. Im chinesischen Internet ist der Artikel zwar noch zu finden, der Bericht von „Wenshi Cankao“ auf der Website des People-Daily-Verlags ist allerdings nicht mehr zugänglich.

Angestoßen wurde die jüngste Debatte von dem bis dato weitgehend unbekanntem Investmentbanker Wu Xiaoping, der in einem Artikel gefordert hatte, den Privatsektor abzubauen, nachdem dieser seine Rolle erfüllt und für wirtschaftliches Wachstum gesorgt hatte. Seine Äußerungen wurden vielerorts als Hinweis gelesen, dass die Regierung Xi gezielt Staatsbetriebe stärken und Privatunternehmen verstaatlichen wolle. Xi bemühte sich zuletzt, auch den Privatunternehmen seine Unterstützung zu bekunden. Die Diskussionen um die starkem wirtschaftlichen Druck ausgesetzte Privatwirtschaft kommen dennoch nicht zur Ruhe, obwohl der Artikel des Investmentbankers inzwischen aus dem Netz verschwunden ist.

Zhang dürfte sich durch diese Renaissance seiner Thesen geehrt fühlen. Er ist geübt darin, durchaus regierungskritische Aussagen unter die Leute zu bringen, ohne es sich gleich vollständig mit der herrschenden Klasse zu verderben. Im Jahr 2000 hatte der Historiker sich aus seinem sicheren Job bei der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS) zurückgezogen. Der Sohn von Zhang Naiqi, in der Kulturrevolution verfolgter Gründer der Demokratischen Aufbaupartei Chinas, eine der wenigen in China erlaubten Parteien, gehörte 2008 zu den 71 Unterzeichnern der Charta 08, die sich für politische Reformen stark machten.

Während andere Unterstützer der Charta für ihr Engagement ins Gefängnis gingen, gelang es Zhang, sich als Online-Kommentator einen Namen zu machen: Sein Blog auf der Plattform Sina Weibo hatte zeitweise mehr als 300.000 Abonnenten. Größeren Ärger mit der Zensur handelte er sich 2013 ein, als er sich in einem Beitrag über die „Fünzig-Cent-Armeen“ lustig machte, die im Internet gegen kleine Bezahlung die Parteimeinung verbreiten, und dafür eine chinesische Flagge in einer Fotomontage manipulierten. Sein Konto wurde gelöscht.

Zhang nahm die Vorgänge damals gelassen: Beim Lesen der Online-Kommentare über ihn habe er sich gefühlt „wie die Seele eines Toten, die im Himmel schwebt und zuschaut, wie die Menschen mein Dahinscheiden diskutieren – ziemlich witzig.“ Zur aktuellen Diskussion um die Zukunft der Privatwirtschaft

in China meldete sich der der 1950 geborene Intellektuelle nun auf [Twitter](#) zu Wort - mit der sprichwörtlichen Frage, ob die Regierung „den Esel, nun, da er den Stein zur Mühle gezogen hat, töten wird.“

© Mercator Institute for China Studies (MERICS)

Dieser Newsletter fasst ausschließlich bereits veröffentlichte und frei zugängliche Medien und Nachrichtenartikel zusammen. Er unterstützt weder die darin vertretenen Meinungen, noch erklärt er die dafür verwendeten Quellen und Materialien für (rechts)gültig. Die Verwendung der Links beruht auf der Annahme, dass diese im Einklang mit bestehenden Gesetzen und Regularien erstellt worden sind. Die angegebenen Quellen spiegeln lediglich eine Auswahl wider. Auf Anfrage teilen wir Ihnen gern alle weiteren Quellen unserer Meldungen mit.